1.

Fahrlässige Kindes tötung und heimliche Geburt.

Von Professor Dr. E. Ungar in Bonn.

Einen von mir auf der VII. Tagung der Deutschen Gesellschaft für gerichtliche Medizin gehaltenen Vortrag¹⁾, der das Thema „Fahrlässige Kindes tötung und heimliche Geburt“ behandelte, möchte ich hier unter Weglassung der rein medizinischen Erörterungen im Auszug mitteilen, da jenes Thema auch für juristische Kreise und namentlich für die praktische Strafrechtspflege nicht ohne Interesse sein dürfte.

Es ist eine feststehende Tatsache, daß es nur in einer geringen Anzahl der Fälle, in denen die Leichen Neugeborener zur gerichtlichen Obduktion gelangten; zur gerichtlichen Hauptverhandlung kommt, und daß von den des Kindes mordes oder der fahrlässigen Tötung wirklich Angeklagten ein nicht unbeträchtlicher Teil wiederum freigesprochen wird. In vielen Fällen kommt es nicht zur Erhebung einer Anklage, weil es nicht gelingt, die Mutter des Kindes zu ermitteln. So in 54 % von 211 Fällen, die in den Jahren 1896 bis 1905 wegen Verdachts auf Kindesmord beim Wiener Landgericht untersucht wurden, und über welche *H a b e r d a*²⁾ in seiner so wertvollen Abhandlung „zur Lehre vom Kindesmord“ ausführlich berichtet hat. In nur dreißig der übrigbleibenden Fälle kam es zur Anklage wegen vollendeten Kindes mordes und in zwei Fällen zur Anklage wegen fahrlässiger Tötung. Von den dreißig wegen Kindesmord Angeklagten wurden 17 schuldig gesprochen und zwar 16 wegen Kindesmord und 1 wegen fahrlässiger Tötung. Die wegen fahrlässiger Tötung angeklagten zwei Mütter wurden freigesprochen.

Eine weitere gerichtliche Verfolgung muß zuweilen unterbleiben weil durch die Obduktion nicht der Nachweis erbracht werden konnte, daß das Kind in oder nach der Geburt gelebt habe. Dann fehlt natürlich für die strafrechtliche Verfolgung die wichtigste Unterlage. Das negative Ergebnis der Lebensproben beweist ja freilich noch keineswegs, daß

¹⁾ Vierteljahrschr. f. gerichtl. Med. u. öffentl. Sanitätswesen f. J. XLIII. 2. Suppl.-H.

²⁾ Beiträge zur gerichtl. Medizin. 1. Bd. Wien 1911.

daß Kind nicht nach der Geburt gelebt habe, es schließt nicht aus, daß das Kind durch eine verbrecherische oder durch fahrlässige Handlung zu grunde ging. So können, um ein Beispiel anzuführen, bei dem lebend geborenen Kinde, bei welchem die Zufuhr der atmosphärischen Luft zu den Luftwegen sofort nach der Geburt abgeschnitten wurde, die Lebensproben vollkommen versagen. Nachdem sich aber die Obduzenten dahin geäußert haben, daß der Nachweis des Gelebthabens nicht erbracht worden sei, muß von einer weiteren gerichtlichen Verfolgung des Falles in der Regel Abstand genommen werden, es sei denn, daß ein Geständnis der Mutter zu einem strafrechtlichen Verfahren Veranlassung gibt.

Aber auch in vielen der Fälle, in welchen wir nachweisen können, daß das Kind nach der Geburt gelebt habe, unterbleibt eine strafrechtliche Verfolgung, weil Befunde, welche auf eine gewaltsame oder auch nur fahrlässige Tötung schließen lassen, nicht erhoben wurden. Ist es doch eine alte Lehre der gerichtlichen Medizin, daß der Nachweis, das Kind habe nach der Geburt gelebt, noch nicht beweist, daß es gewaltsam ums Leben gekommen sei; ist es doch eine alte Lehre der gerichtlichen Medizin, daß auch die heimliche Beseitigung der Leiche eines solchen Kindes an und für sich noch nicht zu der Vermutung berechtigt, daß das Kind nicht eines natürlichen Todes gestorben sei.

In einer nicht unbeträchtlichen Zahl dieser Fälle gelingt es schon auf Grund des Ergebnisses der Obduktion, einen natürlichen Tod nachzuweisen oder wahrscheinlich zu machen. So können wir den Nachweis führen oder es doch wahrscheinlich machen, daß das Kind bereits vor der Geburt abgestorben war, oder daß es wegen mangelnder Reife oder infolge von Mißbildung oder angeborener krankhafter Veränderungen ein nicht lebensfähiges war, oder daß es durch den Einfluß des Geburtsaktes schon während der Geburt zugrunde ging oder doch, wenn noch lebend geboren, infolge der während der Geburt erlittenen Schädigungen alsbald nach der Geburt abstarb.

In vielen der Fälle fehlt zwar ein Anhalt für einen derartigen natürlichen Tod des Kindes, andererseits können wir aber auch den Nachweis nicht erbringen, daß ein gewaltfamer Tod vorliegt, sei es, daß der Tod die Folge einer direkt gegen das Leben des Kindes gerichteten verbrecherischen Handlung bzw. Unterlassung bildet, sei es, daß er auf ein fahrlässiges Handeln oder Unterlassen zurückzuführen ist. Die Möglichkeit, daß es sich in diesen Fällen um einen gewaltfamen Tod handelt, ist deshalb aber durchaus nicht ausgeschlossen. Hier

kommt vor allem die Tötung durch gewaltsame Erstickung in Betracht. Wir wissen ja, daß, wenn bei der vorsätzlichen Erstickung des Kindes in raffinierter Weise verfahren, wenn eine rohe Gewalt vermieden wird, jede Spur einer gewaltsamen Tötung fehlen kann. Verschließt die Mutter Nase- und Mundöffnungen des Neugeborenen durch Aufdrücken weicher Gegenstände oder durch Hineinlegen in solche, oder durch Auflegen der Hand unter Vermeidung eines stärkeren Druckes, oder legt sie gar ein angefeuchtetes Stück Papier auf Mund und Nase, kurzum, bewirkt sie einen Abschluß der Atmungsorgane von der atmosphärischen Luft durch Manipulationen, welche keine nachweisbaren Spuren hinterlassen, so kann die Obduktion den Nachweis einer gewaltsamen Erstickung nicht erbringen. Derartige Fälle sind aber nicht so selten, als man auf Grund der Tatsache, daß ein solches Vorgehen in Foro nur selten zur Sprache kommt, annehmen sollte. Die Feststellung eines solchen Vorgehens beruht doch nur auf dem Geständnis der Mutter, daß sie das Kind gewaltsam erstickt habe; ohne ein solches Geständnis wäre die gewaltsame Tötung doch unentdeckt geblieben. Gerade die Mutter, welche in so raffinierter Weise zu Werke geht, welche in dem Augenblicke, in welchem sie zur Tötung des Kindes schreitet, eine solche Selbstbeherrschung zu bewahren weiß, daß sie jede Gewalteinwirkung, welche sichtbare Spuren hinterlassen könnte, vermeidet, wird sich aber später im Bewußtsein, daß ihr nichts zu beweisen ist, nicht leicht zu einem Geständnis bequemen.

Bei der Beurteilung der Häufigkeit eines solchen mehr raffinierten Vorgehens darf man nicht außer Augen lassen, daß bei der Wahl der Tötungsart neben der Individualität der Mutter auch die sozialen Verhältnisse und der Bildungsgrad größerer Bevölkerungsgruppen einen Einfluß ausüben, indem bald die Neigung zu direkter brutaler Gewalttätigkeit, bald mehr Raffinement in der Ausübung des Verbrechens zutage treten. *С і р з е ж а*³⁾ zeigte dies an einer Gegenüberstellung des Ergebnisses der gerichtlichen Obduktion Neugeborener in der Provinz Schlesien und der Provinz Brandenburg (mit Berlin).

In Schlesien kamen auf 187 Fälle, in denen ein bestimmtes Gutachten über die Todesart abgegeben werden konnte, 41 gewaltsame Schädelverletzungen, 4 andere Verletzungen und 34 gewaltsame Erstickungen; in der Provinz Brandenburg auf 233 Fälle nur 20 Schädelverletzungen, 1 andere gewaltsame Verletzung und 16 Fälle von gewaltsamer Erstickung.

³⁾ Масѣка, Сандб. д. gerichtл. Мед. Вд. 1. С. 959.

In der Rheinprovinz sind, soweit ich dies vermöge meiner Tätigkeit im Medizinal-Kollegium beobachten konnte, Tötungen Neugeborener durch gröbere, rohe Gewalt verhältnismäßig selten. Ich mußte mich dieser Tatsache noch vor kurzem erinnern, als ich, nachdem sich bei der Obduktion einer Kindesleiche sehr verbreitete Schädelverletzungen vorgefunden hatten, erfuhr, daß die Mutter eine aus dem Osten zugereiste Dienstmagd sei.

Den Nachweis, daß die Mutter den Tod des Kindes absichtlich herbeigeführt, können wir meist auch in den Fällen nicht liefern, in denen die Mutter angibt, sie sei von der Geburt überrascht worden und habe in ein Flüssigkeit enthaltendes Gefäß oder in den Abort hineingeboren. Derartige Fälle sogenannter Sturzgeburt häufen sich aber, wie bereits *Ortloff*⁴⁾ betonte, derartig, daß man sagen kann, sie machen Schule. Wir haben alle Ursache anzunehmen, daß einem solchen Vorgange in einer größeren Anzahl der Fälle ein beabsichtigtes Handeln zugrunde liegt. Daß heimlich Gebärenden ein solcher Vorgang bekannt ist, und daß sie mit ihm rechnen, beweisen uns jene nicht seltenen Fälle, in denen es uns gelingt, den Nachweis zu liefern, daß ein derartiger Vorgang nur vorgetäuscht war. So jene Fälle, in denen wir eine andere gewaltsame Todesart feststellen können, so jene Fälle, in denen wir nachweisen können, daß die Geburt an einem anderen Ort erfolgt sein müsse, oder doch nicht in der angegebenen Weise vor sich gegangen sein könne, und schließlich noch jene Fälle, in denen wir genügende Anhaltspunkte dafür haben, daß erst das tote Kind in den Schmutzeimer bzw. Abtrittsinhalt gelangt sein könne. Den Nachweis, daß die Gebärende das Gefäß benutzt oder den Abort aufgesucht habe in der Absicht, das Leben des Kindes zu vernichten, wird man aber nur unter besonderen Umständen liefern können. Man wird wohl in einzelnen Fällen dartun können, daß sich die Entbundene bei ihren Aussagen in Widersprüche verwickelt habe, daß sich eine oder die andere ihrer Aussagen nicht in Einklang mit den tatsächlichen Ermittlungen bringen lasse. Man wird so wohl die Unglaubwürdigkeit der Person dartun können; nur ausnahmsweise wird es aber gelingen, den Nachweis zu liefern, daß ein Verkennen der Geburt ausgeschlossen sei, und daß die Gebärende, obgleich oder gerade weil sie sich der bevorstehenden Austreibung des Kindes bewußt gewesen

⁴⁾ Kind oder Fötus. Gerichtl. med. Fälle u. Abhandl. S. 1. Berlin-Neuried 1887.

sei, jene Situation gewählt habe. So mußten in den 115 Fällen *S a b e r d a s*, in denen die Mütter bekannt waren, 25 mal Sturzgeburt als möglich bezeichnet werden. Hierzu kommen noch 22 Fälle von Ertrinken in Schmutzwasser, von denen, soweit aus den der Abhandlung beigefügten Tabellen zu ersehen ist, nur 6 zur Erhebung der Anklage führten. Von diesen 6 Angeklagten wurden 2 freigesprochen.

Nur ausnahmsweise gelingt uns auch in Fällen, in denen die Leichen Neugeborener im Wasser aufgefunden oder ans Ufer gespült werden, der Nachweis, daß ein Ertrinkungstod vorliegt; die Möglichkeit, daß es sich nur um die Beseitigung der Leiche eines Neugeborenen handelt, das auf andere Weise ums Leben kam, ist meist nicht auszuschließen.

Ist nun schon der Nachweis des Kindesmordes selbst in vielen der Fälle, in denen es sich um einen aktiven gegen das Leben des Kindes gerichteten Angriff handelt, nicht zu erbringen, so gestaltet sich das Verhältnis noch um vieles ungünstiger, wenn Tötung durch Unterlassung des nötigen Beistandes in Frage kommt.

Unter den Todesarten, welche für die Tötung durch Unterlassung des nötigen Beistandes vornehmlich in Frage kommen, spielen die Erstickung und der Tod durch Nichtbeschützung vor Wärmeverlust die Hauptrolle. Ausnahmsweise kommen einmal Verblutung aus der Nabelschnur oder Verhungern in Betracht. In all diesen Fällen gestaltet sich aber schon der zweifelsfreie Nachweis der Todesursache meist recht schwierig, ja er ist häufig unmöglich. Ist es uns aber wirklich gelungen, in einem Falle, in welchem Tötung des Kindes durch Unterlassung des nötigen Beistandes in Frage kommt, die Todesursache einwandsfrei nachzuweisen, so haben wir uns noch die Frage vorzulegen, ob mit einiger Bestimmtheit angenommen werden könne, daß der Tod bei Gewährung des erforderlichen Beistandes nicht eingetreten wäre. In manchen Fällen werden wir diese Frage kaum ohne weiteres bejahen können. Wenn z. B. das Kind bei einem Hineingebären in Schmutzwasser oder bei einer Sturzgeburt auf dem Abort in Rotmassen geriet, wie wollen wir da behaupten, daß, wenn die Mutter das Kind sofort herausgezogen oder rechtzeitige Hilfe herbeigeht hätte, das Kind am Leben geblieben wäre!

Und ist es uns selbst gelungen, den Zusammenhang zwischen Tod und dem Nichtgewähren des nötigen Beistandes darzutun, so muß noch der Nachweis geliefert werden, daß die Mutter sich der Gefahr, in der das Leben des Kindes schwebte, bewußt sein mußte,

und daß sie, wenn sie die Gefahr erkannte, wirklich in der Lage war, diese Gefahr zu beseitigen. Wir können nun keineswegs annehmen, daß in all den Fällen, in welchen das Leben des Kindes bei rechtzeitiger Gewährung des nötigen Beistands hätte gerettet werden können, die Mutter auch die Gefahr, welche dem Leben des Kindes drohte, erkennen mußte. Wir können nicht ohne weiteres voraussetzen, daß jede Gebärende das nötige Verständnis für die Gefahr besitzt, in welcher das Kind sich befindet, welches in den uneröffneten Eihäuten oder dem Gesicht aufklebenden Eihautstücken geboren wird, oder bei welchem eine Nabelschnurumschlingung die Atmung behindert. Man kann nicht ohne weiteres annehmen, daß jede heimlich Gebärende etwas von der Unterbindung der Nabelschnur weiß, wohl aber würde ich im allgemeinen keinen Anstand nehmen bei einer heimlich Gebärenden, die in einen Eimer hineingeboren hat und das Kind, ohne sich weiter um dasselbe zu kümmern, in der in dem Eimer angesammelten Flüssigkeit liegen läßt, anzunehmen, daß sie die Gefahr zu beurteilen mußte. Ob der heimlich Gebärenden zugetraut werden kann, daß sie die Gefahr, in der das Kind schwebte, erkennen mußte, läßt sich im übrigen nur im Einzelfalle, je nach der Individualität der Entbundenen und der ganzen Sachlage beurteilen.

Außer dem Verständnis für die Gefahr, in der sich das Kind befand, müssen wir bei der Mutter, der wir die Tötung des Kindes durch Unterlassung des nötigen Beistandes zur Last legen wollen, noch voraussetzen, daß nicht eine vorübergehende Beeinträchtigung ihrer Sinnes- und Geistesfähigkeit sie hinderte, die Gefahr zu erkennen, und die für ihre Abwendung geeigneten Maßregeln zu treffen.

Wie oft wegen Kindes-tötung zur Verantwortung gezogene den Einwand erheben, sie seien während der Geburt in Ohnmacht gefallen, oder sie hätten in einem Zustand der Sinnesverwirrung gehandelt, wissen wir ja alle. Wir wissen auch, wie skeptisch wir uns diesen Erzählungen gegenüber verhalten müssen. Seit der verdienstvollen Arbeit Freyher's⁵⁾ über die Ohnmacht bei der Geburt können wir aber das Vorkommen einer Ohnmacht nicht mehr als ein so seltenes und unwahrscheinliches Ereignis betrachten, daß wir uns einer derartigen Behauptung gegenüber einfach ablehnend verhalten. Gelingt es uns nicht im Einzelfalle darzutun, daß ausschlag-

⁵⁾ Die Ohnmacht bei der Geburt vom gerichtsarztlichen Standpunkt. Berlin 1887.

gebende Gründe gegen eine Ohnmacht sprechen, können wir nicht aus dem ganzen Verhalten der Angeschuldigten klipp und klar nachweisen, daß ihre Erzählung erdichtet ist, so bleibt uns nichts übrig, als zuzugestehen, daß wir eine Ohnmacht nicht ausschließen können. In der Zusammenstellung *H a b e r d a*s wurde in 11 der 115 Fälle, in denen die Mütter bekannt wurden, von diesen eine Ohnmacht nach der Geburt behauptet und mit dieser Behauptung die Verantwortlichkeit für den Tod des Kindes abgelehnt. Sicher gestellt war die Ohnmacht nur in einem Falle; in 4 weiteren Fällen war sie wahrscheinlich, in den 5 übrigen Fällen unglaubwürdig. *H a b e r d a* bemerkt hierzu, daß in den letzten Jahren die Angaben über eine bei der Geburt bestandene Ohnmacht wenigstens bei den Hauptverhandlungen seltener waren, dafür wurde häufiger „*Sinnesverwirrung*“ vorgeschützt.

Wir haben hier wieder ein Beispiel, wie eine *Exculpation* Schule macht.

In 5 der 12 Fälle *H a b e r d a*'s, in denen es zur Freisprechung der Angeschuldigten kam, nahmen die Geschworenen Sinnesverwirrung an, obwohl ein strauschließender pathologischer Bewußtseinszustand, wie *H a b e r d a* hervorhebt, gewiß nicht vorhanden gewesen war. In diesen Fällen lag zudem noch ausgesprochene aktive Tötung vor!

Gelegentlich treten die heimlich Entbundenen auch mit der Behauptung hervor, es habe sich nach dem Austritt des Kindes eine solche Erschöpfung eingestellt, daß sie nicht imstande gewesen seien, den erforderlichen Beistand zu leisten. Bei der Beurteilung eines solchen Einwandes darf man nicht nur das wirkliche Maß von Kräften in Betracht ziehen, welches zu der betreffenden Hilfeleistung noch erforderlich gewesen wäre, man muß vielmehr auch mit dem Begriff der lähmungsartigen Schwäche rechnen, bei welcher sich die Entbundene wie gelähmt fühlt und in der Tat die Empfindung hat, als ob sie zu jeder Hilfeleistung unfähig sei.

Nicht selten behaupten auch die heimlich Entbundenen, sie hätten das Kind für tot gehalten, und deshalb sei jeder Beistand unterblieben. Auch diese Angabe können wir nicht stets als unwahr und erdichtet bezeichnen.

Aus diesen Darlegungen geht wohl zur Genüge hervor, welche Schwierigkeiten sich dem Gerichtsarzt entgegenstellen können, wenn er in dem von ihm erforderten Gutachten den Nachweis des

Kindesmordes liefern soll. Hierzu kommt noch, daß bei den Geschworenen-Gerichten gar zu leicht die Beweisführung nicht das nötige Verständnis findet, daß die Gründe, die sich aus dem gerichtsarztlichen Gutachten für die Schuld der Mutter ergeben, nicht genügend gewürdigt werden. Der Überzeugung, wie wenig erfreulich es vielfach ist, in Fällen von Kindesmord vor dem Schwurgericht das gerichtsarztliche Gutachten zu vertreten, gibt auch Haberda Ausdruck und belegt dies mit drastischen Beispielen. Auch Straßmann weist in seinem „Medizin und Strafrecht“⁶⁾ darauf hin, daß die Folgen des Widerspruches zwischen der Schwere des Gesetzes und dem Volkswußtsein sich alltäglich zeigten, indem trotz offener Schuld in nicht wenigen Fällen Freisprechung oder nur Verurteilung wegen Versuches oder fahrlässiger Tötung eintrete.

Der Schwierigkeit in Fällen von Kindesmord bei den Geschworenen eine Bejahung der Schuldfrage zu erzielen, sind sich auch unsere Anklagebehörden bewußt. So erklärt es sich, daß vielfach trotz des dringenden Verdachts des Kindesmordes eine Verweisung vor das Schwurgericht unterbleibt, daß gelegentlich auch nur eine Anklage wegen Versuches des Kindesmordes oder wegen fahrlässiger Tötung erfolgt, in welcher letzterem Falle die Sache dann bei uns vor der Strafkammer zur Verhandlung kommt, also von Berufsrichtern abgeurteilt wird, welche sich weniger durch sentimentale Erwägungen beeinflussen lassen.

Nun bin ich im allgemeinen keineswegs ein so rabiaten Sachverständiger, kein so fanatischer Gerichtsarzt, daß ich es so schwer empfände, ja für eine persönliche Kränkung hielte, wenn es meiner Sachverständigentätigkeit nicht gelingt, den Schuldigen der strafenden Gerechtigkeit zu überweisen. Ich stehe auch auf dem Standpunkt, den jetzt so viele Lehrer des Strafrechts und gerichtliche Mediziner vertreten, und dem auch der Vorwurf zum neuen Deutschen Strafgesetzbuch Rechnung trägt, daß man gerade den Kindesmord mit recht milden Augen betrachten kann. Aber dennoch empfinde ich es als ein Übel, daß so viele Kindesmörderinnen sich dem Arme der strafenden Gerechtigkeit entziehen, daß sie völlig straffrei ausgehen. Ich sage mir auch, was helfen uns alle die neueren Forschungen und Arbeiten, die das Ziel verfolgen, für den Nachweis des Kindesmordes sichere Anhaltspunkte zu gewinnen, wenn ihr Erfolg für die Rechtsprechung

⁶⁾ Berlin-Lichterfelde 1911.

ein so geringer ist. Besonders bedauerlich erscheint es mir aber, daß gerade diejenigen, welche in raffinierter und offenbar schlaue überlegter Weise die Tötung des Kindes so bewerkstelligen, daß ihre verbrecherischen Handlungen und Unterlassungen keine für die gerichtsarztliche Beweisführung genügende Spuren hinterlassen, straffrei ausgehen, während die unglücklichen Personen, welche in ihrer Einfalt und im Affekt sich zu Gewalttätigkeiten hinreißen lassen, deren Spuren sofort in die Augen fallen müssen, der Strafe verfallen, ja oft wegen der besonderen Rohheit, die sie bei Ausübung der Tat gezeigt haben sollen, eine besonders schwere Strafe erleiden. Die auf einer niederen Kulturstufe stehende Viehmagd, die ihr Kind durch das Einschlagen des Schädels tötet, und nicht eher ruht, als bis der Schädel völlig zertrümmert ist, kann dieserhalb nicht ohne weiteres einer besonders niedrigen Gesinnung beschuldigt werden.

Schon jetzt gehen, wie gesagt, die Anklagebehörden zuweilen dazu über, anstatt die Anklage auf Kindesmord zu erheben, in der Anklageschrift fahrlässige Tötung anzunehmen, oder doch die Subsidiarfrage auf fahrlässige Tötung zu stellen. Dies ist auch meiner Überzeugung nach der richtige Weg, um auch diejenigen nicht straffrei ausgehen zu lassen, welche unserer festen Überzeugung nach von Schuld an dem Tode des Kindes nicht frei sind, die aber der vorsätzlichen Tötung des Kindes nicht so zu überführen sind, daß eine Verurteilung wegen Kindesmord mit einiger Sicherheit erwartet werden kann. Dieser Weg müßte meiner Ansicht nach häufiger beschritten werden.

Die Anklage auf fahrlässige Tötung könnte aber auch in viel mehr der Fälle erhoben werden, in welchen zwar ein begründeter Verdacht auf Kindesmord nicht vorliegt, immerhin aber ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem Tode des Kindes und dem ganzen Verhalten und Gebahren der Mutter bei und nach der Geburt anzunehmen ist, also von vornherein nur fahrlässige Tötung in Frage kommt.

Der stritte Nachweis, daß fahrlässige Tötung vorliegt, kann freilich auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen, als wie der Nachweis des eigentlichen Kindesmordes; ja die Schwierigkeiten werden sich hier noch häufiger bemerklich machen, weil bei fahrlässiger Kindes tötung fast nur der Todeserfolg durch Unterlassen des nötigen Beistandes in Frage kommt und es sich nur ausnahmsweise um die Folgen eines aktiven Vorgehens handelt.

Fahrlässige Tötung durch Unterlassung des nötigen Beistandes wird vor allem dann zur Sprache kommen können, wenn die Mutter

das Kind auf Mund und Nase oder in angesammeltem Fruchtwasser liegen ließ und dadurch Erstickungstod eintrat, oder wenn das Kind in Schmutzwasser oder Abortinhalt ertrank bzw. erstickte, ohne daß die Mutter den Versuch gemacht hätte, es rechtzeitig dieser Gefahr zu entziehen. Ja, das Gebären in ein Flüssigkeit enthaltendes Gefäß oder in den Abort kann gelegentlich als fahrlässige Tötung angesehen werden, wenn angenommen werden muß, daß die Mutter sich der damit verbundenen Gefahr für das Kind bewußt sein konnte. Fahrlässige Tötung kann sodann in Betracht kommen, wenn das Kind ohne Schutz vor Wärmeverlust liegen blieb. Unter ganz besonderen Umständen könnte auch in Erwägung zu ziehen sein, ob bei einer Verblutung aus der Nabelschnur eine fahrlässige Unterlassung der Mutter zu erblicken ist.

Fahrlässige Tötung durch ein aktives Handeln ward in einem von mir begutachteten Falle angenommen, in welchem die Mutter angab, sie habe die Decken und Kissen, unter denen das Kind aufgefunden worden war, aufgelegt, um zu verhüten, daß das Schreien des Kindes gehört werde. Sie habe nicht angenommen, daß das Kind hierbei erstickten könne. Da der Nachweis einer vorsätzlichen Erstickung nicht zu erbringen war, trat nur Strafverfolgung wegen fahrlässiger Tötung ein.

Fahrlässige Tötung durch ein aktives Handeln könnte auch in Frage kommen, wenn die Mutter das Kind an einem anderen Orte, als an dem, wo sie gebart, aussetzte, und die Möglichkeit, daß sie damit rechnete, das Kind werde noch rechtzeitig aufgefunden werden, nicht auszuschließen ist.

Es sei an dieser Stelle auf einen Widerspruch zwischen den §§ 216 und 218 des Vorentwurfes zu einem Deutschen Strafgesetzbuche aufmerksam gemacht.

§ 216 dieses Vorentwurfes läßt bei vorsätzlicher Tötung des unehelichen Kindes mildernde Umstände und dementsprechend eine Gefängnisstrafe (nicht unter 6 Monaten) zu. § 218 lautet: „Wer eine hilflose Person aussetzt, oder wer eine solche Person, die unter seiner Obhut steht, oder für deren Unterbringung, Fortschaffung oder Aufnahme er zu sorgen hat, in hilfloser Lage vorsätzlich verläßt, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft. Ist durch die Handlung eine schwere Körperverletzung der ausgesetzten oder verlassenen Person verursacht worden, so tritt Zuchthausstrafe bis zu 10 Jahren und, wenn durch die Handlung der Tod der Person verursacht worden ist, Zuchthausstrafe nicht unter 3 Jahren ein.“

Demnach wäre auch die uneheliche Mutter, die ihr neugeborenes Kind ausgelegt und dadurch dessen Tod verursacht hatte, selbst wenn der Vorfall der Tötung nicht angenommen werden kann, mit Zuchthaus nicht unter 3 Jahren zu bestrafen, denn es wäre die Strafe aus dem § 218 anzuwenden, während bei direktem Tötungsvorfall die Tat unter § 216 fiele und demgemäß auf eine viel leichtere Strafe erkannt werden könnte.

In dem die Auslegung betreffenden Paragraphen des Borentwurfes zu einem Österreichischen Gesetzbuche ist dieser Fehler vermieden, indem hier die Auslegung des neugeborenen Kindes durch die Mutter ausdrücklich mit einer geringeren Strafe bedroht wird. Dort heißt es in § 303 Abs. 3: „Wenn die Tat an einem neugeborenen Kinde von der Mutter unter Einwirkung der durch den Geburtsvorgang hervorgerufenen Störungen infolge schwerer Notlage oder, um ihre Entehrung zu verheimlichen, verübt wurde, ist auf Gefängnis von 4 Wochen bis 3 Jahren zu erkennen.“

Konnte der Nachweis erbracht werden, daß durch die Handlung oder Unterlassung der Mutter der Todeserfolg eingetreten war, so haben wir, wenn eine Anklage auf fahrlässige Tötung erhoben werden soll, noch darzutun, daß in der Tat die Handlung bzw. Unterlassung eine fahrlässige war.

Wollen wir uns darüber schlüssig werden, ob ein fahrlässiges Handeln vorliegt, so haben wir uns gemäß der Definition des Begriffes der Fahrlässigkeit, welche die Entscheidungen des Reichsgerichts aufgestellt haben, zunächst in Erwägung zu ziehen, ob die Mutter bei Anwendung der erforderlichen Aufmerksamkeit den Eintritt des Todes als eine mögliche Folge ihres Handelns oder Unterlassens vorhersehen konnte, bzw. ob sie es, wie der Borentwurf zu einem Deutschen Strafgesetz sich ausdrückt, an derjenigen Aufmerksamkeit hat fehlen lassen, zu welcher sie nach ihren persönlichen Verhältnissen verpflichtet war. Nach dem Wortlaut des § 335 des Österreichischen Strafgesetzbuches käme in Betracht, ob die Mutter einzusehen vermochte, daß die betreffende Handlung oder Unterlassung schon nach ihren natürlichen, für jedermann leicht erkennbaren Folgen eine Gefahr für das Leben des Kindes herbeizuführen geeignet war.

Daß eine Gebärende an und für sich die Verpflichtung hat, der Erhaltung des Lebens des Kindes die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken, kann ja keinem Zweifel unterliegen. Im einzelnen Falle wäre deshalb nur zu erwägen, ob sie die dem Leben des Kindes drohende

Gefahr erkennen konnte. Bei Prüfung dieser Fragen haben wir die ganze Sachlage und vor allem auch die Individualität der betreffenden Person zu berücksichtigen. Allgemein, für die verschiedenen Arten der fahrlässigen Kindes-tötung und für alle Fälle gültige Regeln lassen sich hier nicht aufstellen; hier kann jeder Fall anders liegen.

Wenn man dann zu der Überzeugung gelangt, daß die Mutter die Lebensgefahr, in der das Kind schwebte, erkennen konnte, wird man noch erwägen müssen, ob sie auch imstande war, die Gefahr zu beseitigen. Da kann uns nun im Einzelfalle wieder die Schwierigkeit entgegentreten, daß die wegen fahrlässiger Tötung zur Verantwortung Gezogene den Einwand erhebt, sie sei in Ohnmacht gefallen, oder es habe eine Sinnesverwirrung sich ihrer bemächtigt, oder sie sei zu erschöpft gewesen, um dem Kinde den nötigen Beistand zu leisten; ja sie kann auch mit der Behauptung hervortreten, sie habe das Kind für tot gehalten. Dann werden wir wiederum uns darüber schlüssig werden müssen, ob die heimlich Gebärende in der Tat aus den von ihr angeführten Gründen nicht imstande war, den nötigen Beistand zu leisten oder ob wirklich angenommen werden kann, daß sie das Kind für tot hielt.

Mit der Feststellung, daß die Mutter imstande gewesen wäre, die Gefahr zu erkennen und die zur Abwendung nötigen Schritte zu tun, ist aber noch nicht stets erwiesen, daß die Gewährung des erforderlichen Beistands auch erfolgreich gewesen wäre. So kann es immerhin fraglich sein, ob das Kind, welches bereits Fruchtwasser oder den Inhalt eines Eizyklus oder Abortinhalt eingeatmet hat, selbst wenn es die Mutter halbmöglichst aus jener Lage befreit hätte, am Leben geblieben wäre.

Bei all diesem Wenn und Aber wird es in recht vielen Fällen, wenn wir auch die Todesursache und deren Zusammenhang mit einer bestimmten Handlung oder Unterlassung nachweisen konnten, nicht möglich sein, dem Richter die nötigen Unterlagen auch nur zu einer Verfolgung wegen fahrlässiger Tötung zu liefern. Es wird vor allem wieder schwierig sein, gerade diejenigen Personen zur Rechenschaft zu ziehen, welche es in schlauer Überlegung verstehen, selbst die Spuren, welche auf ein fahrlässiges Handeln hindeuten könnten, zu verwischen, oder doch Einwände zu erheben, die wir nicht ohne weiteres widerlegen können.

In Anbetracht aller jener Schwierigkeiten habe ich mir die Frage vorgelegt, ob nicht die Person, welche absichtlich eine heimliche Ent-

bindung bewerkstelligte, schon fahrlässig handelte, und ob demnach, wenn festgestellt wird, daß durch das heimliche Gebären die Todesursache herbeigeführt wurde, nicht schon fahrlässige Tötung angenommen werden kann, unbekümmert darum, ob im Einzelfalle der Einwand erhoben werden sollte, die Gebärende habe die gerade in Betracht kommende spezielle Gefahr nicht erkennen oder sie doch nicht beseitigen können, oder sie habe angenommen, das Kind sei tot. Ich glaube, daß wir diese Frage bejahen können und zwar auf Grund der folgenden Erwägungen.

Wir dürfen annehmen, daß jede erwachsene normal entwickelte Schwangere weiß, daß die Gebärende bei der Geburt einer sachverständigen Hilfe oder doch mindestens eines Beistandes bedarf, und daß andernfalls das Leben des Kindes gefährdet ist. Sie weiß auch, daß dem Kinde nach der Geburt ein gewisser Beistand zuteil werden muß, wenn man dasselbe am Leben erhalten will. Sie muß sich deshalb sagen, daß sie, indem sie heimlich unter Verzicht auf jede Hilfe gebiert, das Leben des Kindes gefährdet. Sie weiß schließlich auch, daß es ihre Pflicht ist, zu verhindern, daß das Kind bei oder nach der Geburt zugrunde geht; sie läßt also, indem sie sich jeder Beihilfe bei der Geburt entzieht, jene Aufmerksamkeit außer Acht, zu der sie verpflichtet ist.

In Frage kann im Einzelfalle nur kommen, ob die heimlich Gebärende auch imstande war, sich die nötige Beihilfe zu verschaffen. Ergibt sich, daß sie nicht in der Lage war, die nötige Beihilfe zu erlangen, daß das heimliche Gebären ein unfreiwilliges war, so wird man natürlich in ihm kein schuldbares Verhalten erblicken können. In vielen Fällen erfahren wir aber, daß die Niedergekommene nicht nur nicht bemüht war, die nötige Beihilfe zu erlangen, daß sie im Gegenteil ihr angebotene Hilfe ablehnte oder sich ihr geradezu entzog, daß offenbar ihr ganzes Bestreben darauf gerichtet war, heimlich ohne Zeugen zu gebären. Wir können gelegentlich feststellen, daß selbst dort, wo andere Personen, die ihr hätten beistehen können, oder die sie nach sachverständiger Hilfe hätte aussenden können, in ihrer Nähe waren, sie vor diesen sorgfältig die Geburt zu verheimlichen suchte, ja daß sie selbst, wenn ihr trotzdem sachverständige Hilfe zugeführt war, diese ablehnte und ableugnete, daß sie im Begriffe sei, zu gebären. Einen solchen Fall habe ich noch vor kurzem erlebt.

Was können die Motive eines solchen Handelns sein? Müssen wir uns nicht sagen, daß solche Personen mindestens mit der Möglichkeit

rechnen, daß das Kind in der Geburt zugrunde gehe, oder doch nach der Geburt bald absterbe! Könnte hier nicht sogar ein Dolus eventualis in Frage kommen! Auf diese letztere Frage einzugehen, möchte ich juristischen Kreisen überlassen.

Gegenüber dem Vorwurf, daß sie heimlich ohne Hinzuziehung des nötigen Beistandes geboren habe, erhebt die Niedergekommene häufig den Einwand, die Geburt sei so unerwartet und so plötzlich eingetreten und sei so rasch verlaufen, daß es nicht mehr möglich gewesen sei, sich die nötige Beihilfe zu verschaffen. So lautet die Entschuldigung, namentlich häufig in Fällen von angeblicher Sturzgeburt bzw. in den Fällen, in denen das Kind in Flüssigkeit hineingeboren wurde. Wir werden die Stichhaltigkeit dieser Entschuldigung sorgfältig an der Hand der angestellten Ermittlungen und Feststellungen zu prüfen haben. Wir werden dann in vielen Fällen den strikten Nachweis führen können, daß jener Einwand nicht stichhaltig ist. Während wir nun bei der Erwägung, ob wirklich der Tod des Kindes durch eine Sturzgeburt bzw. ein Hineingebären in Flüssigkeiten herbeigeführt wurde, zugunsten der Mutter auch die Fälle berücksichtigen müssen, in denen nicht die Dauer der ganzen Geburt eine so kurze war, sondern nur die Austreibungsperiode so plötzlich verlief, also berücksichtigen müssen, daß, wenn sich auch die Anzeichen für den Eintritt der Geburt schon eine Zeit lang bemerklich gemacht hatten, doch der Austritt des Kindes plötzlich erfolgen konnte, werden wir die Absicht des heimlichen Gebärens auch annehmen können, wenn wir nachweisen, daß zwar eine Sturzgeburt, eine präzipitierte Geburt in engerem Sinne aber nicht angenommen werden kann.

Stellen wir den Grundsatz auf, daß schon das heimliche Gebären als solches als fahrlässig zu erachten ist, so ist es nicht mehr notwendig, im Einzelfalle den Nachweis zu liefern, daß die Mutter die Lebensgefahr, in der sich das Kind befand, erkennen konnte, und daß sie imstande war, diese Gefahr zu beseitigen. Wir können dann von der Voraussetzung ausgehen, daß bei Beschaffung der nötigen Beihilfe, also bei derjenigen Aufmerksamkeit, zu welcher die Gebärende nach den Umständen und nach ihren persönlichen Verhältnissen verpflichtet und imstande war, jene Gefahr vermieden oder doch rechtzeitig beseitigt worden wäre. Wir werden natürlich im Einzelfalle genauer prüfen müssen, ob nicht selbst bei rechtzeitiger Beschaffung des nötigen Beistandes die nachgewiesene Todesursache nicht vermieden worden wäre. Jedenfalls können wir uns aber sagen, daß ein Ersticken des Kindes

durch Liegenbleiben auf Mund und Nase oder in Fruchtwasser bei einer nicht heimlichen Geburt vermieden worden wäre. Wir können uns sagen, daß beim Hineingebären in ein Gefäß oder in den Abtritt, ganz abgesehen davon, daß ein solches Ereigniß, wenn das Gebären unter dem erforderlichen Beistand erfolgt, kaum beobachtet wird, das Kind nicht in dieser Lage belassen worden wäre. Wir können annehmen, daß bei der nötigen Beihilfe das Kind nicht unbeschützt vor Wärmeverlust liegen geblieben, und daß eine Verblutung aus der Nabelschnur nicht eingetreten wäre. Wir können es für mindestens in hohem Grade unwahrscheinlich erklären, daß alsdann das noch lebende Kind beseitigt worden und die Mutter mit der Behauptung aufgetreten wäre, sie habe das Kind für tot gehalten. Ja, man könnte noch weiter gehen und sagen, daß bei sachverständiger Beihilfe ein asphyktisches Kind noch hätte gerettet werden können. Ich möchte aber nicht so weit gehen und einer solchen Erwägung eine Bedeutung für die gerichtsarztliche Praxis beilegen. Ich habe dies nur angeführt, um noch an einem weiteren Beispiel zu zeigen, welche Nachteile mit dem fahrlässigen heimlichen Gebären für die Erhaltung des Lebens des Kindes verknüpft sein können. In der gerichtsarztlichen Praxis können sich aber sicherlich noch anderweitige Fälle ergeben, in denen der Nachweis erbracht werden kann, daß der Todeserfolg einer bestimmten Handlung oder Unterlassung nicht eingetreten wäre, wenn die Geburt nicht eine heimliche gewesen, wenn sie unter der nötigen Beihilfe erfolgt wäre.

Stellen wir den Grundsatz auf, daß das absichtliche Herbeiführen einer heimlichen Geburt schon an und für sich in der Regel eine fahrlässige Handlung bildet, so ergibt sich die Schlußfolgerung, daß, wenn bei einer solchen Geburt der Tod des Kindes auf den Mangel des erforderlichen Beistandes zurückgeführt werden kann, fahrlässige Tötung vorliegt, unbekümmert darum, ob die Mutter die in jenem Einzelfalle eingetretene Lebensgefahr erkennen konnte und unbekümmert darum, ob sie in dem speziellen Falle in der Lage war, diese Gefahr zu beseitigen. Schon allein dadurch, daß die Mutter durch ihren Entschluß, heimlich zu gebären, das Kind des nötigen Beistandes beraubte und so dessen Leben einer besonderen Gefahr aussetzte, hat sie, wenn der Tod die Folge des heimlichen Gebärens bildet, den Tod des Kindes fahrlässig verursacht.

Ob es sich nicht empfehlen würde, die heimliche Geburt als solche auch im zukünftigen Strafgesetzbuch Deutschlands und Österreichs zu berücksichtigen und unter Strafe zu stellen, möchte ich doch der Erwägung anheimgeben. Das jetzige Österreichische Strafgesetzbuch enthält noch eine solche Bestimmung, der Entwurf für ein neues hat sie weggelassen. Meiner Auffassung nach könnte es immerhin zur Verhütung des Kindesmordes und der fahrlässigen Kindesstörung beitragen, wenn die heimliche Geburt schon als solche mit Strafe bedroht wäre und dadurch schon ausgedrückt würde, daß der Mutter nicht das Recht zusteht, das Leben des Kindes dadurch auf's Spiel zu setzen, daß sie sich freiwillig einer dessen Leben schützenden Beihilfe bei der Geburt entzieht.

Bei einem solchen Paragraphen würde es sich freilich um ein Gefährdungsdelikt handeln, und diese erfreuen sich in neuerer Zeit keiner besonderen Beliebtheit. So gut wie man aber in den Entwurf zu einem neuen Deutschen Strafgesetzbuch schon in § 195 die Verletzung allgemein anerkannter Regeln der Baukunde, oder in § 218 die Aussetzung Hilfloser unter Strafe gestellt hat, wobei es sich doch auch nur um Gefährdungsdelikte handelt, könnte man auch die Gefährdung des Lebens des Kindes durch eine heimliche Geburt mit Strafe bedrohen.